

Der Traum vom Deal mit Donald Trump

Aus der Wirtschaft wird der Ruf nach einem Freihandelsabkommen mit den USA immer lauter

Vor zehn Jahren scheiterte ein Freihandelsabkommen mit den USA am Widerstand der Landwirtschaft. Nun fordert ausgerechnet die Vizepräsidentin der Bauernversteher-Partei SVP, Magdalena Martullo-Blocher, einen neuen Anlauf.

CHRISTINA NEUHAUS

Der Zeitpunkt ist schlecht, das innenpolitische Terrain uneben, doch das Ziel wäre Mühen und Entbehrungen wert: ein Freihandelsabkommen mit den USA. Nach der EU sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Der Aussenhandelsanteil, der auf Geschäfte mit US-Firmen entfällt, beträgt 12 Prozent. Mit einem Kapitalbestand von über 250 Milliarden Schweizerfranken ist die Schweiz zudem der sechstwichtigste ausländische Direktinvestor in den USA. Laut Zollstatistik beträgt der Überschuss der Handelsbilanz zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten 17 Milliarden Franken. Bei keinem anderen Land fällt er annähernd so hoch aus.

Doch die handelspolitischen Pirouetten, die die USA seit einiger Zeit drehen, führen auch in der Eidgenossenschaft zu Schwindel. Noch halten sich die negativen Effekte für die Schweizer Wirtschaft in Grenzen. Für die Schweiz ist aber sowohl das wirtschaftspolitische Powerplay zwischen den USA und der EU als auch Amerikas Kräfte messen mit China potenziell gefährlich. Vor allem die Exportwirtschaft beobachtet die Entwicklung mit zunehmender Nervosität.

US-Botschafter zeigt sich offen

Eine überaus attraktive Lösung in dieser verfahrenen Situation wäre ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten. Viele Exportgüter wären vor Strafzöllen geschützt, und den Schweizer Unternehmen, die in den USA investieren, brächte es Sicherheit. Wie eine Umfrage der Grossbank Credit Suisse ergab, halten in der Schweiz vor allem KMU das Fehlen eines Freihandelsabkommens mit den USA für ein Versäumnis. Nach Deutschland sind die Vereinigten Staaten für sie der grösste Absatzmarkt. Umgekehrt profitierten auch die USA. Dass 13 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz, 124 Milliarden Franken, von dort stammen, zeigt, dass US-Firmen ein starkes wirtschaftliches Interesse an der Schweiz haben. Ein Freihandelsabkommen wäre daher für beide Seiten vorteilhaft, wie der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse Anfang Jahr festhielt.

Der Ruf nach Freihandelsgesprächen mit den USA wird deshalb immer lauter. Auch deshalb, weil Edward McMullen, der amerikanische Botschafter in der Schweiz, ein solches Free Trade Agreement bereits mehrfach zum Thema machte. Das Tolle an Donald Trump sei, dass er niemals nie sage, sagte er einmal.



«In den USA hat man gemerkt, dass die Schweiz tolle Agrarprodukte hat», sagt Botschafter Edward McMullen. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Ein anderes Mal liess er sich mit dem Satz zitieren: «Wir wären sehr offen für neue Freihandelsgespräche.»

Im Wissen darum, dass ein solches Abkommen vor zehn Jahren am Widerstand der Landwirtschaftsvertreter scheiterte, sagte er der «Handelszeitung» im März: «In den letzten Jah-



«Es gibt kein Abkommen, das wegen der Bauern blockiert ist.»

Magdalena Martullo
Vizepräsidentin
SVP Schweiz

ren haben sich viele Dinge geändert. In den USA hat man gemerkt, dass die Schweiz tolle Agrarprodukte hat. Ausser an Wein denke ich an den Käse. Es gibt grosse Exportchancen, denn Amerikaner lieben Schweizer Produkte. Ich sehe kein grundsätzliches Problem, das einen ehrlichen und fairen Dialog behindern würde.»

So einfach, wie sie McMullen schildert, ist die Sache allerdings nicht. Sein Präsident neigt derzeit stark zum Protektionismus. Allerdings hat Trump auch unterstrichen, dass er bilaterale Freihandelsabkommen besser findet als regionale Abkommen, wie Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft bei Economiesuisse, zu bedenken gibt. Laut Atteslander werden die USA Gespräche mit Grossbritannien führen. Weiter werde Donald Trump nach dem Austritt der USA aus der Transpazifischen

Partnerschaft (TPP) wohl auch mit dem einen oder anderen asiatischen Land einen bilateralen Vertrag abschliessen wollen. Gerade bei einem Deal zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich müsste die Schweiz schnell nachziehen, sagt Atteslander. Da aus realwirtschaftlicher Sicht sowohl die USA als auch die Schweiz profitieren würden, hält er ein Abkommen für notwendig und möglich. Die grösste Hürde sei aber wie bereits vor zehn Jahren die Agrarpolitik: «Mexiko, Kanada, Vietnam, Indonesien, Mercosur – hier hat die EU Verträge abgeschlossen oder steht kurz davor, und die Schweizer Unternehmen sind im Hintertreffen», sagt er. «Und bei all diesen Abkommen ist der agrarpolitische Protektionismus der Schweiz der Stolperstein für einen erfolgreichen Abschluss.»

Es gebe kein Abkommen, das derzeit wegen der Bauern blockiert sei, widerspricht die Unternehmerin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Dagegen zeige das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) seit dem China-Abkommen im Jahr 2014 kaum mehr Fortschritte bei Freihandelsverhandlungen. Sie sei aber zuversichtlich, dass die Schweiz neue Abkommen schliessen könne, allenfalls auch eines mit den USA. «Präsident Donald Trump braucht nun einen Tatsachenbeweis, dass er kein Isolationist ist», sagt sie. «Da wäre die Schweiz doch ein guter Partner.» Die Landwirtschaft müsse allerdings als Gegenstand der «national security» von einer Über-einkunft ausgenommen werden.

Auf die Frage, ob die Schweiz beherzter an die USA herantreten sollte, antwortet sie mit einem überzeugten Ja:

«Bundesrat Schneider-Ammann müsste das Seco nun beauftragen, hier Möglichkeiten auszuloten.» Dass ausgerechnet die Vizepräsidentin der Bauernversteher-Partei SVP dem stetig für Freihandel weibelnden Wirtschaftsminister Dampf macht, ist nicht ohne Brisanz. Allerdings versuchte vor über zehn Jahren bereits Bundesrat Ueli Maurer, damals noch SVP-Präsident und Zürcher Bauernsekretär, den Spagat. 2005 sprach er sich für ein Freihandelsabkommen mit den USA aus, machte aber gleichzeitig Ausnahmen für die Landwirtschaft zur Bedingung.

Konzessionen nötig

Doch ohne Zugeständnisse der Schweiz dürfte es der Schweiz nicht mehr gelingen, neue Freihandelsabkommen zu schliessen. Ob beim Abkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten, bei der geplanten Revision des Freihandelsabkommens mit Kanada oder im Handelsdialog mit Mexiko und Malaysia – überall sind Konzessionen der Landwirtschaft gefragt.

Entsprechend zurückhaltend gibt sich das von Martullo-Blocher indirekt der Tatenlosigkeit bezichtigte Seco auf die Frage nach den Chancen auf ein Freihandelsabkommen mit den USA. Für die Schweiz würde ein Abkommen mit den USA volkswirtschaftliche Chancen eröffnen, heisst es auf Nachfrage. Aber natürlich wäre es auch mit gewissen Herausforderungen verbunden. Insbesondere in Bezug auf den Agrarsektor müsste innenpolitisch erst eine vertiefte Debatte geführt werden.

IN KÜRZE

Kommission will Gebühren für Notaufnahme

(sda) · Wer den Spitalnotfall aufsucht, soll eine Gebühr von etwa 50 Franken zahlen müssen. Das will die Gesundheitskommission des Nationalrates (SGK). Auch eine Bargebühr für Besuche in Arztpraxen steht zur Diskussion. Die SGK hat zwei parlamentarische Initiativen gutgeheissen, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Mit den Gebühren will sie unnötige Arztbesuche und Bagatelldfälle in der Notaufnahme eindämmen. Stimmt die Ständeratskommission zu, kann die SGK einen Entwurf für eine Gesetzesänderung ausarbeiten.

Bei Postauto soll auch Zeit vor 2007 untersucht werden

(sda) · Die Post muss auch für die Zeit vor 2007 Auskunft geben über den Umgang mit öffentlichen Subventionen bei der Postauto-Tochter. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat beim Unternehmen entsprechende Dokumente angefordert, wie eine Amtssprecherin gegenüber Radio SRF sagte. Man habe dem Verwaltungsratspräsidenten der Post diese Woche einen Brief zukommen lassen, in dem verlangt werde, dem Bund Unterlagen über die Praxis vor 2007 zuzustellen, sagte BAV-Sprecherin Olivia Ebinger in der Sendung «Heute Morgen» vom Freitag. Es gebe verschiedene Hinweise darauf, dass es sich lohne, auch die Zeit vor 2007 anzuschauen.

Einfachere Verfahren gegen Kriminaltouristen

(sda) · Kriminaltouristen sollen umgehend weggewiesen werden können. Das verlangt die Rechtskommission des Nationalrats mit einer parlamentarischen Initiative. Diese stammt von Heinz Brand (svp., GR). Seit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative muss auch bei Kriminaltouristen eine Landesverweisung geprüft werden – selbst wenn die Person längst ausländerrechtlich weggewiesen und mit einem Einreiseverbot belegt worden ist. Laut Brand handelt es sich um mehrere tausend Verfahren, die jedes Jahr als sinnlose Doppelpurigkeit und zu hohen Kosten durchgeführt werden. Die Kommission stimmte der Initiative mit 14 zu 8 Stimmen zu.

Ex-VBS-Generalsekretärin leitet Arbeitsgruppe Mitholz

(sda) · Die ehemalige VBS-Generalsekretärin Brigitte Rindlisbacher leitet jene Arbeitsgruppe, welche die vom ehemaligen Munitionslager Mitholz der Schweizer Armee ausgehende Gefahr weiter untersucht. Das hat VBS-Chef Guy Parmelin beschlossen. Wie das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) mitteilte, ist Rindlisbacher als frühere Chef der Abteilung Raum und Umwelt des VBS mit der Thematik vertraut. Rindlisbacher habe beispielsweise die Projektorganisation geleitet, welche die Abklärungen zu der in Schweizer Seen versenkten Munition durchführte.

Weil Sie wissen,
was wir tun.



rega

Jetzt Gönnerin oder Gönner werden: 0844 834 844 oder www.rega.ch